



1. Reihe von links: Kornelia Wehlan (Landrätin), Maritta Böttcher, Jürgen Akuloff, Annekathrin Loy, Heike Kühne, Kirsten Gurske (1. Beigeordnete), 2. Reihe von rechts: Peter Dunkel, Dirk Hohfeld, Dr. Irene Pacholik, Mandy Werner, Roland Scharp, Jörg-Martin Bächmann, Felix Thier. Auf dem Foto fehlt Hartmut Rex.

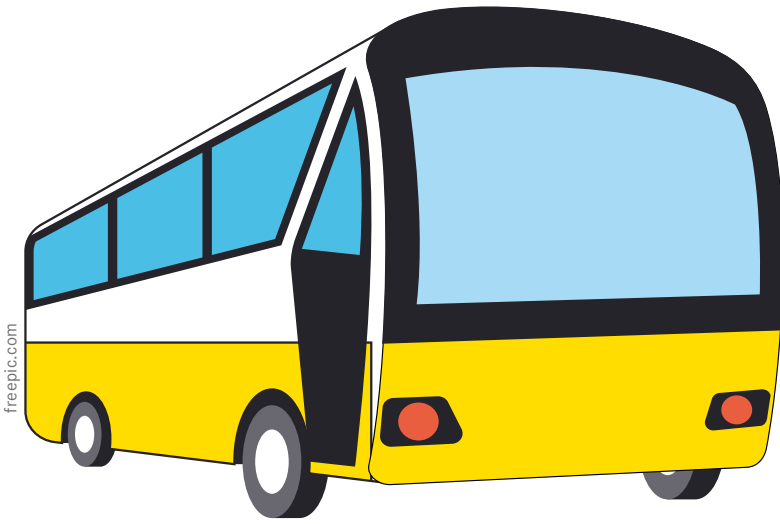
ZUR FINANZIERUNG VON SCHÜLERTICKETS

Unser Kreishaushalt widerspiegelt die finanzielle Leistungsfähigkeit für die Erfüllung der so genannten pflichtigen und freiwilligen Aufgaben. Das Grundgesetz garantiert den Landkreisen, Städten und Gemeinden die kommunale Selbstverwaltung. Freiwillige Aufgaben sind alle Aufgaben, für die weder das Land noch der Bund zuständig sind. Für linke Kommunalpolitik eine streitbare Einteilung. Bei Pflichtaufgaben im eigenen Wirkungsbereich regeln Bundes- und Landesgesetze die Aufgabenerledigung. Zur Umsetzung können die Kommunen selbst entscheiden. Keinen Spielraum haben sie bei der Abarbeitung von Pflichtaufgaben nach Weisung (z. B. Führerscheinen, Pässe, Genehmigungen). Selbstbestimmt sind die freiwilligen Aufgaben unter Beachtung

der finanziellen Möglichkeiten. Sie sind das eigentliche Kernstück der Kommunalpolitik. Dafür stehen Beratungsstellen, Museen, Vereine, Bibliotheken. In der Summe sind es Lebensqualität bestimmende Einrichtungen. Das überaus ernste Problem dabei ist, dass die Kommunen immer mehr Aufgaben erledigen müssen und die Finanzausstattung dem nicht folgt. Solange sich Verteilungsprinzipien von Berlin über Potsdam nicht ändern, wird es für die freiwilligen Aufgaben in den Kreisen unterschiedliche Bedingungen geben. So ist auch für die Erstattung von Fahrkosten für Schülertickets das von der Politik bestimmte Zuständigkeitsprinzip von Bedeutung. Eine seit 2008 bestehende Landesregelung gibt vor, dass die Schülerbeförderung eine kommu-

nale Selbstverwaltungsaufgabe ist. Was sperrig klingt heißt, der Kreis finanziert. Laut Schulgesetz ist Schülerbeförderung in den Personennahverkehr einzugliedern. Damit »delegiert« das Land die Zuständigkeit für Bildung im Teilbereich Schülerbeförderung als freiwillige Aufgabe in die Landkreise. Wenn Mobilität Politikanspruch besonders im ländlichen Raum bleiben soll, ist es wenig hilfreich den Kreisen die Finanzierung abzufordern. Die logische Konsequenz ist die Suche nach eigenen Lösungen in jedem Kreis mit Regelungsvielfalt. Von der Finanzsituation bestimmt bieten die Satzungen ein buntes Bild. Manche Kreise erheben von den Eltern Eigenanteile, die Mehrzahl der Kreise regelt den Erstattungsanspruch nach Klas-

senstufen und dem verkehrsüblichen kürzesten Fußweg zwischen Wohnung und Schule. So auch in Teltow-Fläming. Die dafür notwendigen Mindestentfernungen haben zuletzt wieder Diskussionen ausgelöst. Wie immer, wenn Leistungsansprüche von definierten Grenzwerten abhängen, steuert das Gerechtigkeitsempfinden die Unzufriedenheit bei scheinbarer Benachteiligung. Einige Fraktionsvorsitzende und die Landrätin wurden mit dem Problem der Mindestentfernungen konfrontiert. Die Kreisverwaltung hat öffentlich reagiert und auf das korrekte Entscheiden nach der gültigen Satzung verwiesen. Die Vorsitzenden der Fraktionen CDU, Bauernverband/FDP und



DIE LINKE haben zum Thema beraten. Dabei standen die Vermeidung von sozialen Härten, die qualitative Beschaffenheit des Schulweges unter Beachtung der Prinzipien des sicheren Schulweges und der Ermessensspielraum im Mittelpunkt.

Inzwischen haben vier Fraktionen einen gemeinsamen Änderungsantrag zur Satzung eingereicht. Neben der Aufforderung an die Landesregierung, höhere finanzielle Mittel für die Schülerbeförderung zur Verfügung zu stellen, wird die Neufassung

des Paragraphen 4, Abs. 1 beantragt. Der Anspruch auf Fahrkostenerstattung besteht, wenn der Schulweg für Schüler des 1. bis 6. Schuljahres mindestens 2 km (ortsaußerhalb 1 km) bisher 2 km, des 7. bis 10. Schuljahres mindestens 3,5 km, bisher 4 km und des 11. bis 13. Schuljahres mindestens 5,5 km, bisher 6 km, beträgt.

Unsere Fraktion unterstützt die Änderung der Satzung grundsätzlich und wird im Rahmen der Haushaltsdiskussion 2019 ebenfalls einen Änderungsantrag einbringen. Aktuell sind Fragen der Finanzierung offen. Wie eingangs beschrieben sind die Gesamtkosten als freiwillige Leistungen einzustellen.

Der Mehrbedarf für den Änderungsantrag wird vom Amt für Bildung und Kultur mit 936.000 Euro angegeben. Die Erwartun-

gen an den Gesamthaushalt sind hoch. Die notwendige Abwägung ist realitätsnah zu treffen.

Dabei spielt besonders die Höhe der Kreisumlage eine Rolle. Die Forderungen aus den Städten und Gemeinden zur spürbaren Absenkung dieser Abgabe werden deutlich artikuliert. Eine Erhöhung der freiwilligen Aufgaben bei gleichzeitiger Senkung der Kreisumlage ist kein Lösungsansatz.

Wenn in der ersten Sitzung des neuen Jahres der Haushalt zur Beschlussfassung vorliegt, wird die strittige Lösungssuche abgeschlossen sein. Wir werden um bestmögliche Lösungen bei den freiwilligen Aufgaben ringen und auch für mehr kostenlose Schülertickets die Voraussetzungen schaffen.

Jürgen Akuloff, Luckenwalde, Fraktionsvorsitzender

POGROMGEDENKEN

NIE WIEDER!

»Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!« – Das gelobten zum Ende des 2. Weltkrieges nicht nur die Überlebenden aus den Konzentrationslagern, sondern auch viele Menschen aus Stadt und Land.

Der weltweite politische Rechtsruck zeigt, dass so ein Gelöbnis nicht von selbst, ohne unser Zutun, funktioniert. Deshalb halte ich es für unabdingbar, den antifaschistischen Gedanken wach zu halten. Die »Nachgeborenen« kennen zum Glück weder Faschismus noch Krieg persönlich. Deshalb ist es die Aufgabe der Älteren, die vorhandenen Möglichkeiten zur Erinnerung zu nutzen. Dazu bot sich der 85. Todestag von Ernst Kloß am 12. April 2018 in Luckenwalde an. Er war das erste Opfer, das die Faschisten in Luckenwalde auf ihr Verbrechenkonto luden. Er starb am 12. April 1933, sein Grab befindet sich auf dem Friedhof Jüterboger Tor.

Am 3. November 2018 jährte sich zum 40. Mal die Aufstellung des antifaschistischen Ehrenmals am Luckenwalder Stadtpark. Geschaffen hatte es der Potsdamer Bildhauer Kurt-Herrmann Kühn. Nur DIE LINKE gedachte dieses Ereignisses, nicht die Stadt Luckenwalde.

Das Mitglied der antifaschistischen Widerstandsgruppe »Gemeinschaft für Frieden und Aufbau«, Günter Naumann, verstarb vor Kurzem. Eine Würdigung sei-

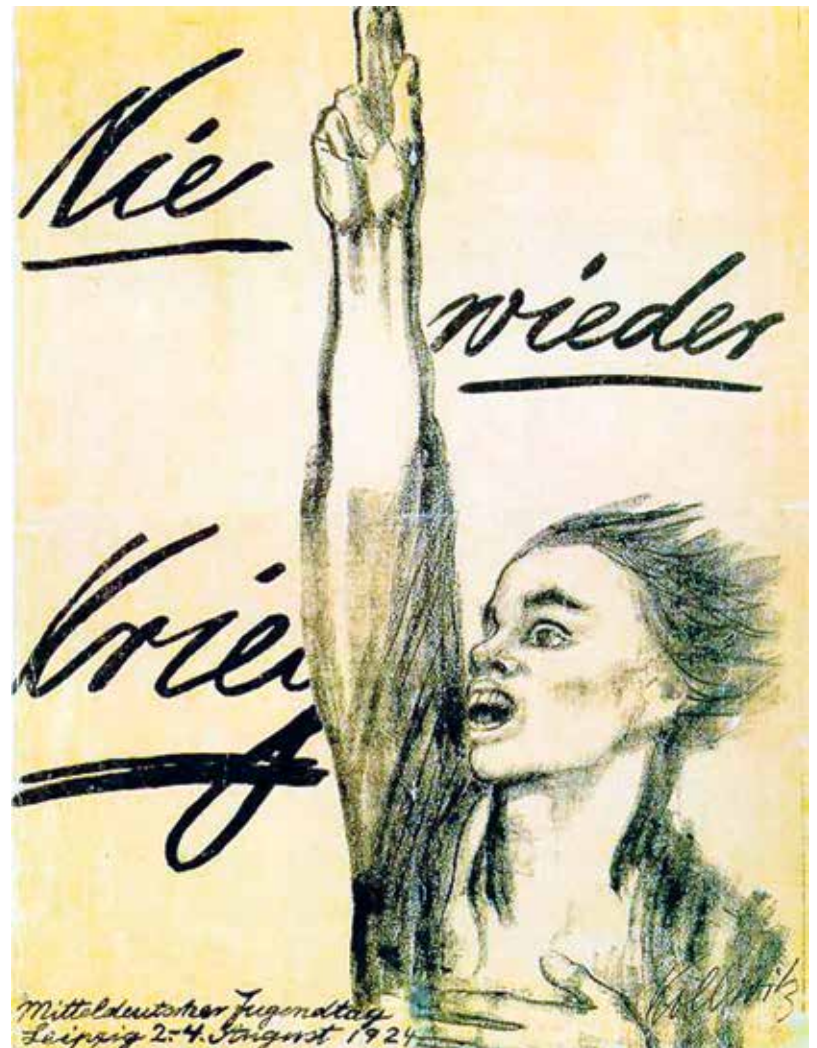
nes solidarischen Handelns – er versteckte ein jüdisches Ehepaar und organisierte ab 1943 Flugblattaktionen gegen die Nazis – anlässlich seines Todes ließ die Stadt Luckenwalde vermissen. In der »Gedenkstätte Stille Helden« in Berlin ist dieser Gruppe ein fester Platz gewidmet. Wenn wir nicht daran erinnern, werden diese mutigen Menschen vergessen. Das Erinnern ist für mich lebendiger Antifaschismus.

Ich teile auch nicht die Meinung derer, die gegenwärtig behaupten, in der DDR sei Antifaschismus nur geheuchelt gewesen. Wir haben die ganze Bandbreite des Widerstands zu wenig bekannt gemacht. Aber unter Heuchelei verstehe ich etwas anderes.

Ich möchte nicht noch einmal erleben, dass ein Schüler seiner Lehrerin erzählt, wie er von seinem Vater erfahren musste, dass der Großvater im KZ ermordet worden war, kurz bevor sein Vater kurz vor Kriegsende dort eingeliefert wurde.

Nie wieder!

Ingrid Köbke,
Nuthe-Urstromtal



„Nie wieder Krieg!“ – Antikriegsplakat zum Mitteldeutschen Jugendtag 1924, Käthe Kollwitz

100 JAHRE FRAUENWAHLRECHT

Am 20. Oktober trafen sich im Lothar-Bisky-Haus in Potsdam ca. 35 Frauen und (einige) Männer zur alljährlich im Herbst stattfindenden Landesfrauenkonferenz. Eingeladen dazu hatte die LAG Linke Frauen und der Landesvorstand der LINKEN Brandenburg. Unter dem diesjährigen Motto »100 Jahre Frauenwahlrecht« stellte sich auch gleich prominenter Besuch ein, denn keine Geringere als die Frauenrechtlerin und Kommunistin Clara Zetkin, hervorragend im zeitgenössischen Kostüm dargestellt von der Politikwissenschaftlerin Claudia von Gélieu. Sie rief den Frauen kämpferisch zu, sich auf ihre Rechte zu besinnen und berichtete aus historischer Sicht vom mühsamen Kampf ihrer Generation um das Frauenwahlrecht. Ganz nah zum Anfassen und aus dem Hier und Heute mit dabei, unsere beiden Landesvorsitzenden Diana Golze und Anja Mayer. »In der Gleichstellungspolitik darf es kein Zurück geben«, so die beiden in ihrer Begrüßungsrede. Neben politischen Gesprächen und drei Workshops gab es einen sehr emotionalen musikalischen Beitrag der Liedermacherin „Pustebblumensäckchen“, die keine Scheu hat, sich in ihren Liedern auch mit dem Thema Tod auseinanderzusetzen.

Drei Workshops bereicherten das Programm der Konferenz. Die Themen waren: 1. »Weimarer Republik/NS-Zeit – Rassismus und Sexismus gingen immer Hand in Hand«; 2. »Frauen in der BRD und DDR – Unterschiede und Gemeinsamkeiten der feministischen Kämpfe und ihre Spuren bis heute.«; 3. »Feminismus 4.0 – Moderner Feminismus und alte Gefahren.« So bestand die Möglichkeit, fleißig zu diskutieren und sich anschließend gemeinsam über die Ergebnisse der einzelnen Workshops zu verständigen und Beschlüsse zu fassen:

- »Die Landesfrauenkonferenz unterstützt die Streiks der spanischen Frauen zum 8. März 2019 als Kampftag für die Rechte der Frauen – »Ohne uns steht die Welt still.«

- Die Landesfrauenkonferenz fordert verpflichtende gesetzliche Paritätsregelungen im Landes- und Kommunalwahlgesetz zu den Wahlen 2024.

- Die Landesfrauenkonferenz unterstützt den Aufruf der Landesgleichstellungsbeauftragten Monika von der Lippe und der gleichstellungspolitischen Sprecherinnen der Landtagsfraktionen des Brandenburger Landtages: Mit dem Aufruf werden alle Parteien

im Land Brandenburg u.a. aufgefordert, ihre Listen bei der Aufstellung ihrer Kandidatinnen und Kandidaten für die Kommunal- und Landtagswahlen zu quotieren. Da Direktmandate für die Zusammensetzung der Parlamente besonders wichtig sind, sollen bevorzugt Frauen aufgestellt werden.«

Am Ende der gelungenen Veranstal-

tung freute sich Anja Mayer sehr über die gute Resonanz und sagte: »Die Atmosphäre war in diesem Jahr besonders toll, es gab Musik, Torte und viele Workshops. Ich kann jeder Frau nur empfehlen, sich schon fürs nächste Jahre einen Termin zu reservieren.«

Sabine Gumpel, Trebbin



Veranstaltungshinweis zur Forderung nach dem Frauenwahlrecht (ca. 1908), Wikipedia

Vor Eintritt in die Tagesordnung der 28. Sitzung des Kreistages am 10.12.2018 fand ein Festakt »25 Jahre Teltow-Fläming« statt. Hier ein Bilddokument von der ersten Sitzung, welches den damaligen Sitzungssaal in Luckenwalde zeigt. Über den Festakt am 10. Dezember berichten wir in der nächsten Ausgabe der Einblicke.



BEITRAG ZUM STRASSENBAU: JA ODER NEIN?

Der Punkt der Mitfinanzierung von Straßenausbaumaßnahmen in den Städten und Gemeinden ist ein brisantes Thema geworden. Der Antrag unserer Linksfraktion in der Kreisstadt hat u. a. das Ziel, die Mitsprachemöglichkeiten der Anlieger zu erweitern und bestehende Satzungen zu überprüfen. Außerdem soll der Antrag erste Lösungsansätze zeigen und die Diskussion beleben. Der Antrag ist online hier zu finden:

https://www.dielinke-luckenwalde.de/fileadmin/luckenwalde/pdf/2018/04122018_Antrag_Novellierung_Satzung_Strassenbau.pdf

LANDTAG WILL KOMMUNALES EHRENAMT STÄRKEN

Wer sich als KommunalpolitikerIn in einem Kreistag oder einem Ortsparlament engagiert, leistet der Demokratie in Brandenburg einen großen Dienst, der viel Zeit und Energie erfordert. Nach dem Scheitern der Verwaltungsreform im vergangenen Jahr hat der Landtag in einem Grundsatzbeschluss der rot-roten Koalition vom November 2017 beschlossen, an der Zielstellung festzuhalten, dass die Bedingungen für die Ausübung kommunaler Ehrenämter spürbar verbessert werden sollen. Die Landesregierung sollte dazu Vorschläge erarbeiten, über die der Landtag im November debattierte. Diese Vorschläge widerspiegelten die unterschiedlichen Bedingungen und Erwartungen, die es im Land

gibt. DIE LINKE hat nun durchgesetzt, dass der ursprüngliche Ansatz so verändert worden ist, dass die kommunale Ebene mit allen Kommunalvertretungen, also nicht nur Kreistage und Stadtverordnetenversammlungen der kreisfreien Städte, Berücksichtigung finden. Weil die Maßnahmen schon zur Kommunalwahl im Mai kommenden Jahres wirksam sein sollen, haben wir die Maßnahmen in einem Entschließungsantrag gebündelt. DIE LINKE will die kommunalen VertreterInnen und ihre Fraktionen so ausstatten, dass sie optimal arbeiten können. Die Zeit, in der die Aufwandsentschädigung für kommunale EhrenamtlerInnen als Sparpotential definiert wurde, muss endlich vorbei sein.

Deshalb fordern wir im ersten Punkt die Erarbeitung einer Kommunalaufwandsentschädigungsverordnung für alle Kommunalvertretungen. Wir gehen damit ganz bewusst über die Empfehlung der Landesregierung hinaus, die lediglich eine Mustersatzung vorgeschlagen hat. Eine Mustersatzung wäre eine freundliche Geste, aber eben unverbindlich.

Wir wollen weiterhin

- eine Flexibilisierung der möglichen Verwendung von Mitteln für die Fraktionsfinanzierung, z. B. zur Beschäftigung von hauptamtlichen MitarbeiterInnen von Fraktionen,
- eine Musterregelung zur Reisekostenentschädigung für KommunalvertreterInnen, die ortsspezifisch anwendbar ist,

- Orientierungen für eine vergleichbare IT-Ausstattung,
- das auf Qualifizierungsmöglichkeiten für kommunale VertreterInnen in geeigneter Weise hingewiesen wird; diese sollen auch als Bildungsfreistellung anerkannt werden,
- dass sich die Landesregierung auf der Bundesebene für Steuererleichterungen stark macht, die Mitgliedern von Kommunalvertretungen zu Gute kommen.

Das ist eine ganze Reihe von Aufträgen, zu denen der Innenausschuss im März nächsten Jahres über den Stand der Umsetzung zu informieren ist.

Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg, kommunalpolitischer Sprecher der Landtagsfraktion

BETREFF: HAUSHALT 2019

Nach dem Jahresplankalender sollte die Haushaltssatzung mit ihren Anlagen am 22.10.2018 in den Kreistag eingebracht werden. Die Abstimmungen in der Kreisverwaltung führten jedoch zu diesem Zeitpunkt zu einem Fehlbetrag von rund zehn Millionen Euro. So hätte ich auch in unserer Dezemberausgabe über die Hauptschwerpunkte berichten können. Nun ist es jedoch so, dass die Haushaltsdokumente dem Kreistag zum 10.12.2018 vorgelegt werden. Da auch der Haushalts- und Finanzausschuss die Dokumente zum gleichen Zeitpunkt wie alle Abgeordnete zur Verfügung gestellt

bekommt, sind meine heutigen Zahlen auch etwas vage, da der Redaktionsschluss unserer Zeitung noch vor dem 10. Dezember liegt. Bereits soviel kann gesagt werden: Aktuell werden wir bei den Einnahmen und Ausgaben jeweils die 300-Millionen-Euro-Grenze erreichen. Knackpunkte dabei sind die gesunkene Schlüsselzuweisung und Finanzausgleichsumlage des Landes in Höhe von insgesamt 5,737 Millionen Euro. Dies ist auch ein Ausdruck der gestiegenen Wirtschaftskraft unserer Städte und Gemeinden. Bei diesen fällt natürlich demzufolge schmerzhaft eine Erhöhung der Kreisumlage um

15,9 Millionen Euro ins Gewicht. Erinnern wir uns doch bitte an die Meldungen aus den vergangenen Wochen bezüglich der Kreisumlage, so ersehen wir bereits jetzt, welche Schwierigkeiten vor der Beschlussfassung der Dokumente bestehen. Auch liegt eine Problematik darin begründet, dass bisher auch zumindest der Jahresabschluss von 2014 noch nicht zur Grundlage der Dokumente genommen werden konnte. Natürlich sieht es unsere Fraktion positiv, wenn die Löhne und Gehälter insgesamt steigen, aber drei Prozent Beamtenanpassungsbesoldung und Tariferhöhung laut

Tarifvertrag schlagen sich natürlich auch auf den Haushalt nieder. Und 1,7 Millionen Euro sind eben auch kein Pappenstiel, zumal auch Veränderungen bei den freiwilligen Leistungen, wie derzeit diskutiert (z. B. Schülerbeförderung und Museumsdorf Glashütte) nicht zum Nulltarif zu haben sind. Die Wochen vor und nach Weihnachten 2018 bleiben also spannend und für genug Gesprächsstoff ist mit den Haushaltsdokumenten gesorgt.

Dirk Hohlfeld, Am Mellensee, Vorsitzender des Haushalts- und Finanzausschusses

KOMM, WIR ZIEHEN IN DEN FRIEDEN ...

heißt es in Udo Lindbergs neuestem Titel. Er singt mir aus dem Herzen. »Die alten Dämonen steigen wieder auf und sind bereit, ihr Werk von Chaos und Tod zu vollenden.« so der französische Präsident Emmanuel Macron am 11.11.2018, 100 Jahre nach Ende des 1. Weltkrieges. Eine Jugend kann nur eine Zukunft aufbauen, wenn sie die Vergangenheit

kennt. Es geht darum, das Versprechen »Nie wieder Krieg« zu erneuern! Merkel erinnerte daran, dass im vergangenen Jahr mehr als 220 gewaltsame Konflikte weltweit ausgetragen wurden und dass an die 70 Millionen Menschen auf der Flucht gewesen seien. Mehr als 50 Prozent davon seien Kinder, die oft als Soldaten missbraucht würden. Ich ergänze, dann muss u. a. auch

der Waffenexport durch Deutschland gestoppt werden! Aber bei allen unterschiedlichen Ansichten hilft so ein Tag die Erinnerung an diese Verbrechen in Schlußfolgerungen einfließen zu lassen und zu mahnen. Auch deshalb war ich zum Volkstrauertag wieder am Friedhof »An den Anlagen« in Jüterbog dabei, um genau das zu erwirken.

Maritta Böttcher, Jüterbog



Impressum

Herausgeber: Fraktion DIE LINKE, im Kreistag Teltow-Fläming · V.i.S.d.P.: Jürgen Akuloff · Redaktion: Maritta Böttcher, Felix Thier · Redaktionsschluss: 3.12.2018
Layout und Druck: MediaService GmbH Druck und Kommunikation · Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100 Prozent Recycling · Auflage: 2.000
Dezember 2018, Veröffentlichte Beiträge müssen nicht in jedem Fall mit der Meinung des Herausgebers übereinstimmen.